

Von den Schwierigkeiten der Umsetzung – Der Frühjahrsgipfel 2008

Der Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist traditionell Wirtschaftsfragen gewidmet. Im Mittelpunkt des Treffens vom 13.-14. März 2008 standen deshalb die Umsetzung der Lissabon-Strategie und Fragen der zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik. In beiden Fällen ging es weniger um neue Initiativen als vielmehr darum, ob man Kurs hält unter erschwerten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingung und angesichts der politischen Herausforderungen die sich stellen, wenn die vereinbarten Ziele praktisch umgesetzt werden sollen. Die Botschaft „Kurs halten“ konnte dieser Gipfel sicher vermitteln. Gemischerter fällt die Bilanz aus, wenn es um die Annäherung unterschiedlicher Interessen geht. Vor dem Hintergrund der seit längerem schwelenden Finanzkrise haben sich die Finanzminister im Rahmen des Europäischen Rats intensiv mit Fragen der Finanzmarktstabilität auseinandergesetzt. Die vorgeschlagenen sehr konkreten Maßnahmen fanden Eingang in die Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs. Diese befassten sich auch selbst mit dem französischen Vorschlag für eine Mittelmeerunion. Hier gelang es, Grundsätze eines Konzeptes zu entwickeln, das von allen mitgetragen werden kann. Die Außenminister verabschiedeten eine Nah-Ost-Erklärung in der einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Israel und den Palästinensern Nachdruck verliehen werden soll. Das Kosovo-Problem war nur aufgrund der aktuellen Ereignisse am Vormittag des zweiten Gipfeltages Gegenstand der Debatte.

Ad 1. Lissabon Strategie

Die im Jahre 2000 beschlossene und 2005 reformierte Lissabonstrategie zeigt erste Erfolge auf, nimmt man die Wachstumsrate (2,9 %) und die Schaffung neuer Arbeitsplätze (6,5 Mio.) zum Indikator. Natürlich fällt die Bilanz in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus und Entwarnung kann keinesfalls gegeben werden. Mit die größten Defizite, wenn es darum geht die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im Zeitalter der Globalisierung zu sichern, bestehen im Bereich der Innovation. Als Antwort darauf hat die Kommission das Konzept der Fünften Freiheit in die Diskussion gebracht, die die noch bestehenden Grenzen im Wissenschaftsbereich abschaffen und die Kooperation zwischen Forschern und Wissenschaftlern erleichtern und fördern soll. Die entsprechenden Vorschläge wurden von den Staats- und Regierungschefs positiv aufgenommen. Im Grunde aber muss der Schwerpunkt der Union im neuen Drei-Jahres-Zyklus auf der Umsetzung der bisherigen Ziele und Prioritäten (strukturelle Reformen, Vollendung Binnenmarkts, „better regulation“, Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen, weitere Liberalisierung des internationalen Handels etc.) liegen. Zwei Herausforderungen gilt es dabei im Auge zu behalten: Angesichts der internationalen Lage, zunehmender protektionistischer Stimmen und wachsender Forderung nach sozialem Schutz ist Kurshalten beim ordnungspolitischen Ansatz der Lissabon-Strategie keine Selbstverständlichkeit. Präsident Sarkozy machte in seiner abschließenden Pressekonferenz deutlich, dass es ihm in vielen Bereichen darum gegangen sei, Maßnahmen und Formulierungen durchzusetzen oder ins Bewusstsein zu bringen, die Europa besser vor internationaler Konkurrenz schützen. Die Attacken der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament auf die Kommission – sicherlich auch schon Vorboten des kommenden Europawahlkampfes – illustrieren diese Tendenzen in anderer Weise. Die Schlussfolgerungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL
DR. PETER R. WEILEMANN
BARBARA EINHÄUSER

17. März 2008

www.eukas.eu
www.kas.de

enthalten dementsprechend auch berechnigte und notwendige Hinweise auf die soziale Dimension des Lissabon-Prozesses ohne dass das wirtschaftspolitische Reformprofil ganz verloren gegangen ist. Die Versuchung - und das ist die zweite Herausforderung -, dass die Kommission unter dieser Überschrift neue Maßnahmen entwickelt die mit dem Subsidiaritätsverständnis vieler Mitgliedsstaaten nicht vereinbar sind, ist sicherlich groß und dürfte auch genutzt werden.

Ad 2. Energiepolitik

Es war abzusehen, dass man nach den ehrgeizigen Beschlüssen des Frühjahrsgipfel 2007 zur Energie- und Klimaschutzpolitik bald mit den Mühen der Ebene konfrontiert sein würde. Das Dossier ist gewaltig: Liberalisierung des Energiebinnenmarktes, Energietechnologieplan, erneuerbare Energien, Fragen der Versorgungs- und externen Energiesicherheit etc. Die Staats- und Regierungschef reihen Fragen des Klimaschutzes jetzt sogar in die Liste sicherheitspolitischer Herausforderungen ein; ein gemeinsames Papier von Rat und Kommission widmet sich ausführlich dieser Frage. Die Kommission hat zu den energiepolitischen Fragen in den letzten Monaten Vorschläge und Maßnahmenpakete vorgelegt, die deutlich machen, dass mit der Umsetzung Minenfelder mit erheblicher politischer Sprengkraft und gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner Länder betreten werden. Die nüchterne Bilanz des Kommissionspräsidenten nach den intensiven Diskussionen am ersten Gipfeltag lautete deshalb, das Positivste was man vermelden könne, sei der Konsens darüber, dass alle Themen miteinander verbunden seien.

Man könnte auf der Habenseite auch noch verbuchen, dass man an den Zielen festhält, dass das von der Kommission im Januar vorgelegte Energie- und Klimapaket wie auch der Vorschlag zur Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen grundsätzlich begrüßt wird und man den Zeitplan – Abschluss noch vor Beginn der nächsten Legislaturperiode 2009 – einhalten will. Auf die Habenseite gehört auch, dass die Europäische Union ihre internationale Meinungsführerschaft auf dem Gebiet des Klimaschutzes nach wie vor ernst nehmen möchte. Auch bei den strittigen Punkten wie dem „unbundling“ (der Trennung von Netzbetreibern und Energieerzeugern) oder der Entlastung von energieintensiven Industrien kam man etwas voran: Beim Energiebinnenmarkt hofft die slowenische Präsidentschaft nun mit den von ihr vorgelegten Kompromissansätzen im Rahmen des Juni-Gipfels zu einer politischen Einigung zu kommen.

In der Streitfrage um den Status energieintensiver Unternehmen im EU-Emissionshandelssystem hat sich die deutsche Position erfolgreich in den Schlussfolgerungen niedergeschlagen. Um Investitionssicherheit für energieintensive Unternehmen zu gewährleisten, wird die Kommission in den nächsten Monaten Schutzmaßnahmen erarbeiten müssen, die noch in die Richtlinie zum EU-Emissionshandelssystem aufgenommen werden. Diese Maßnahmen werden jedoch nur tatsächlich angewandt, falls ein internationales Abkommen nicht zustande kommt. So will man der Gefahr der Abwanderung energieintensiver, dem internationalen Wettbewerb stark ausgesetzter Industrien nach der Verschärfung des EU-Emissionshandelssystems 2012 vorbeugen. Und der Europäische Rat teilt mit der Kommission die Auffassung, dass ein internationales Abkommen hier die beste Lösung ist.

Ad. 3 Mittelmeer Union

Das Projekt des französischen Präsidenten Sarkozy zur Schaffung einer Mittelmeer Union, das im Vorfeld des Gipfels breitere öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr und zeitweise die deutsch-französischen Beziehungen belastete, wurde in stark abgespeckter Form von den Staats- und Regierungschefs gebilligt. Grundlage bildete ein gemeinsames deutsch-französisches Papier, das aber noch nicht in seinen Einzelheiten angenommen wurde. Vielmehr wird die Kommission beauftragt bis zum Gipfel im Juli 2008 in Paris die Modalitäten zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

BARBARA EINHÄUSER

17. März 2008

www.eukas.eu

www.kas.de

erarbeiten. Der offizielle Name des Projekts soll nun lauten „Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer“. Damit soll deutlich werden, dass dieser vor mehr als zehn Jahren vereinbarte Rahmen für eine Kooperation der EU mit den südlichen Anrainer-Staaten des Mittelmeeres ausgeweitet bzw. wieder belebt werden soll und die Zusammenarbeit im EU-Rahmen verankert bleibt. Ob dieser Kompromiss alle beruhigt bleibt abzuwarten. Der Präsident des Europäischen Parlamentes kritisierte in scharfer Form, dass die parlamentarische Dimension dieses Mittelmeer-Dialoges ausgeblendet bleibe. Und eine Reihe von südlichen Anrainer-Staaten wie Ägypten lassen erkennen, dass sie mit dem Vorhaben nicht viel anfangen können oder wollen. Für Sarkozy war es nach dem Vorschlag der Gruppe der Weisen das zweite Projekt, das von seinen Kollegen gründlich zurechtgestutzt wurde.

Ad.4. Zusammenfassung

Der erste Gipfel unter slowenischer Präsidentschaft fand in einer Phase statt wo nicht große Würfe sondern Abarbeiten der Aufgaben auf der Tagesordnung steht. Das betrifft sowohl die Gipfelthemen selbst als auch die andere große europapolitische Baustelle: Ratifizierung des Lissaboner Vertrages. Letzterer steht kurz vor der Vollendung. Fünf Staaten haben bereits das Verfahren abgeschlossen, England hat die größte Hürde genommen, die anderen Staaten dürften bis Herbst ratifiziert haben. Das größte Risiko scheint zur Zeit das irische Referendum. Trotzdem ist man gut beraten das Boot nicht all zu sehr zu schaukeln. Die Umsetzung der Lissabonstrategie und insbesondere die Bewältigung des Energie- und Klimadosiers stellen große Herausforderung an die jeweiligen nationalen Politiken und benötigen entsprechenden Raum für Klärung und Kompromissfindung bevor koordiniertes oder gemeinschaftliches Handeln möglich ist. Dazu hat der Gipfel einen wesentlichen Beitrag geleistet.